

CDU SPD Bündnis90/die Grünen FDP

Fraktionen in der Bezirksvertretung Münster-Nord

Münster, 11. Februar 2010

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

1. Die Vorlage „Schließung der Wertstoffsammelstelle Kinderhaus“ (V/0094/2010) wird von der Tagesordnung abgesetzt.
2. Der Werksausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWM) wird gebeten, die Vorlage ebenfalls von seiner Tagesordnung abzusetzen.
3. Die Verwaltung/Abfallwirtschaftsbetriebe werden gebeten, die in o.a. Vorlage nicht näher genannten und auch in der Anlage nur punktuell dargestellten 11 potentiellen Ersatzstandorte wie folgt näher zu beschreiben bzw. darzustellen:
 - Welche Anforderungen/Voraussetzungen wurden an den neuen Standort hinsichtlich Größe, Zuwegung, Bauordnungsrecht, Abstand zur Wohnbebauung etc. gestellt?
 - Erfüllt der jetzige „Altstandort“ ebenfalls diese Anforderungen, wenn nein, welche Gründe waren für eine Veränderung maßgeblich?
 - Welche Standorte (genaue Lokalisierung angeben) wurden mit welchen nachvollziehbaren Gründen (nicht pauschal) untersucht, nicht weiter verfolgt bzw. abgelehnt?
 - welche begründeten, gegenseitigen Abhängigkeiten, Verbindungen oder Einflussnahmen werden zum Projekt „Soziale Stadt“ auch nach seiner möglichen, abgespeckten Fortsetzung gesehen und erwartet?
 - von welchem realistischen Datum wird für den Baubeginn Verlegung Westhoffstrasse ausgegangen (unter Berücksichtigung Bereitstellung der Mittel durch den Rat erst am 17.3. 2010, anschließend Ausschreibungen und Vergaben)?
4. Ein entsprechender Bericht ist der BV-Nord zeitgerecht vor der Sitzung am 20.4. 2010 zuzuleiten, damit sie dann ihr Anhörungsrecht ohne Zeitdruck nach einer entsprechenden Vorberatungszeit in den Fraktionen sachgerecht wahrnehmen kann.

Begründung

Der Ältestenrat der BV-Nord hat die Vorlage in einer Sondersitzung am 9.2. 2010 eingehend mit dem Leiter AWM und der Bezirksverwaltung Nord diskutiert und erörtert. Dabei wurde ein hohes Informationsdefizit hinsichtlich der Bewertung der Standorte und ihrer Abhängigkeiten im Stadtteil deutlich. Man war sich einig, dass für die Bezirksvertreter eine auch in der Öffentlichkeit akzeptierte und verstandene Entscheidung nur vermittelbar ist, wenn die dazu gehörenden Fakten offen liegen. Der Bericht ist daher für die Mitglieder der BV nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

gez. Moll
und Fraktion

gez. Frese
und Fraktion

gez. Möller
und Fraktion

gez. Stuttmann
und Fraktion